

Ergebnisse der Inklusionskonferenz 2017

Tisch 3 – Inklusion in der Landesverwaltung

- Uneinheitlich in der Landesverwaltung (Verbesserung)
- Kontrolle der Umsetzung. Wird das gelebt?
- Nachhaltig, Information in alle Ebenen
- Einbeziehung der PR'e, Einbeziehung der Schwerbehindertenvertretung
- Regelmäßige Abfrage, denn Stand nicht überall
- Wenig Resonanz bei 1. Aktionsplan, barrierefrei Bauen, mehr als bisher
- Barriere in Köpfen abbauen
- Warum nicht mehr verpflichtende Veranstaltungen für Führungskräfte (+ für MI/Polizei nicht?) und für alle Beschäftigten
- Besserer Einsatz von Hilfsmitteln (bessere Zusammenarbeit von Schwerbehindertenvertretung und AG)
- Schwerbehinderte – viele Vorurteile, weniger leistungsfähig
- Makel, Schwerbehinderung anzugeben, Hemmschwelle vor allem bei Hochqualifizierten
- stärkere Vernetzung mit Jobcenter etc. gewünscht
- Umsetzungsdefizit – Bezug auf SGB IX, Sanktionen bei Nichtumsetzung
- Leichtere Übernahme von Azubis mit Behinderungen, Fördermittelnutzung anbieten, z.B. BA
- Mehr Praktika bei Übergang von Schule in Beruf, Zusammenarbeit von Berufsförderung und Berufsbildungswerken
- Arbeitsplätze anpassen auf Menschen mit Behinderungen, Organisationsaufgabe, stärkere Einbindung der Schwerbehindertenvertretung
- Evaluation wichtig
- Öffentlicher Dienst muss stärker als bisher einstellen (Aufnahme von Menschen aus Förderzentren), Vorbildfunktion!
- Verbindliche Schulung von Führungskräften und Nachwuchsführungskräften, „Inklusion“, „Diversity“
- Sanktionsmöglichkeiten bei Nichterfüllung der Vorgaben , bei jeder Maßnahme
- Ausgleichsabgabe erhöhen
- Weitergabe des Inklusionsplans in alle Ebenen
- Bessere Beratung für Betriebe, die Menschen mit Behinderungen einstellen wollen, Anreize für Einstellung entwickeln
- Für akute Notlagen bürokratisches Vorgehen
- Aktives Wahlrecht für alle Behinderten, Umsetzungsdefizit (einige dürfen wählen, andere nicht, gleiche Gemeinde)

Klare Regelungen, keine Willkür